sprechungen gebrochen, ihre 59½stündige Wochenarbeitszeit soll bestehen bleiben. Und das trotz der Hunderttausende von Arbeitslosen, trotzdem die englischen Arbeiter siegreich Achtstundentag und Siebenstundenschicht verteidigt haben.

So kann es nicht weiter gehen! Wenn der ADGB.-Vorstand nicht direkt das Spiel der Unternehmer treiben will, wenn er nicht dem schamlosen Verhalten der staatlichen Schlichter Vorschub leisten will, so muß er endlich die Taktik der verzettelten Kämpfe aufgeben und die proletarischen Kräfte zu einer umfassenden Aktion umfassen. Die Frage steht einfach so:

Entweder verzettelte Aktionen und Sieg der geschlossenen Unternehmerfront mit all seinen fürchterlichen Folgen oder

Zusammenfassung der proletarischen Kräfte, geschlossene Aktion, Einsatz aller Kräfte, um den Sieg der Arbeiter zu erringen.

Was könnte geleistet werden, wenn alle die Kräfte, die jetzt in den verzettelten Einzelbewegungen aufgebraucht werden, in einer umfassenden Aktion mindestens bei einem Kampfbündnis der wichtigsten Arbeitergruppen eingesetzt würden. Der ADGB.-Vorstand hat nicht mehr die Ausrede, daß er nicht wüßte, wie bei einer solchen Aktion vorgegangen werden muß. Der englische Vierbund hat es ihm gezeigt, der englische rote Freitag ist für Deutschland ein Vorbild.

Angesichts des frevelhaften Spiels der feilen Schlichter hat der ADGB.-Vorstand sich mit seinen Forderungen für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten direkt an das zentrale Lager der feindlichen Macht, an die Luther-Regierung, zu wenden. Bei Ablehnung der ultimativ gestellten Forderungen Kampf auf der ganzen Linie.

Heute sehen wir bewußte Zersplitterung in jeder Industriegruppe. Sie geht soweit, daß die Eisenbahner-Gewerkschaften zunächst nur Forderungen für einen kleinen Teil des Personals der Reichsbahn-AG. stellen, obwohl alle proletarischen Reichsbahnbediensteten unter den Folgen der Teuerung hungern.

Die Gewerkschaftsmitglieder müssen endlich gegen die Zersplitterungstaktik gemeinsam vorgehen. Sie müssen das Bündnis ganzer Industriegruppen und wuchtiges Vorgehen, vom Kampfbündnis der wichtigsten Arbeiterkategorien bis zum umfassenden Kampf für die Forderungen aller, verlangen. Wieder und wieder muß sich der Ruf nach Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit erheben.

Die geschlossene Unternehmerfront besteht nicht in der Einbildung der Kommunisten, jeder Arbeiter spürt sie am eigenen Leibe. Darum muß jeder Werktätige im eigenen Interesse dafür sorgen, daß die geschlossene Arbeiterfront zur Wirklichkeit wird und daß der deutsche rote Freitag anbricht.

Der Protest eines Kleinbürgers

Wirth aus der Reichstagsfraktion des Zentrums ausgetreten

Berlin, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Exkanzler Wirth hat an die Zentrumsfraktion des Reichstags folgenden Brief gerichtet: „Getreu meiner politischen Linie im Reichstag beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich aus der Fraktion des Zentrums ausscheide und mich in Zukunft als Vertreter des republikanischen und sozialen Zentrums bezeichne."

Dies Schreiben war mehrere Tage lang von der Zentrumsfraktion geheim gehalten, da man sofort eine Vermittlungsaktion einleiten wollte.

Es ist hervorzuheben, daß Wirth nur aus der Fraktion, nicht aber aus der Partei austritt. Dazu erklärt zum Beispiel die „Vossische Zeitung": „Der Austritt Dr. Wirths aus der Zentrumsfraktion hat zunächst nur die Bedeutung eines Protestes gegen die Fraktionsführung, nicht gegen die Politik der Partei. Denn Dr. Wirth erklärt in seinem Schreiben ausdrücklich, daß er auch weiterhin der Zentrumspartei treu bleiben werde."

Es ist klar, daß dieser „Protest" eines Kleinbürgers in erster Linie durch die Zollpolitik der Zentrumspartei veranlaßt ist. Es ist ebenso bekannt, daß unter den Arbeiterschichten, die immer noch den Fehrenbach, Klöckner, Papen, Stegerwald und Wirth nachlaufen, diese Zollwucherpolitik des Zentrums eine Rebellion oder zumindestens eine Gärung entfesselt hat. Unter diesen im Monat dreißigmal betrogenen, unklaren, von Illusionen erfüllten und von den geistigen Fesseln des Pfaffentums umstrickten Proletariern und Kleinbürgern dürfte jetzt der Name Wirth einige Popularität erlangen. Diejenigen, die dem Exreaktionär und Monarchisten Stegerwald nicht mehr trauen, auch wenn er den Schafspelz über seine Wolfsnatur deckt, werden jetzt vielleicht eine Weile ihre Hoffnung auf den „linken" Wirth setzen. Auch unter einem Teil sozialdemokratischer Arbeiter könnte jetzt der Name dieses famosen „Vertreters des republikanischen und sozialen Zentrums" wieder einen „guten Klang" bekommen. Wir haben erst jüngst in der Zeit des offenen Zollwuchers sozialdemokratische Funktionäre sagen hören: „Der Wirth, das ist ein Linker, ein Sozialer! Wenn er nicht katholisch wäre, so wäre er längst Sozialdemokrat. Ach, wenn wir doch in der Wirthschen Aera der Republik leben würden" usw. Der „Linke" Dr. Wirth ist in der Tat ein Kleinbürger wie er im Buche steht; aber jetzt in der Hindenburgära der Republik bedarf das Junkertum und die Clique der Industriefürsten nicht mehr der Mittelperson, nicht mehr der Agenten und kapitalistischen „Stellvertreter" an der Staatsmaschine. Die Kleinbürger a la Wirth, Scheidemann usw. haben zu ihrer Zeit ihre „sozial" verhüllten Dienste für das Kapital getan: sie haben durch die „kleine" Koalition die „große" und durch die „große" Koalition die Aera Hindenburg vorbereitet. Die Zentrumspartei, mit ihren jeweils geschickt ausgespielten rechten, linken und mittleren Flügeln hat den „Staatsnotwendigkeiten" und „Realitätswendigkeiten der herrschenden Klasse in der jeweiligen Situation stets trefflich „Rechnung zu tragen" gewußt. So wie der Geist dieser Zentrumsklassen bald als „Vater", bald als „Sohn" und bald als „heiliger Geist" auftritt, so pflegt von „frommen" Schwerindustriellen und Großgrundbesitzern kommandierte, von kleinbürgerlichen und proletarischen Schichten gestützte Zentrumspartei je nach dem monarchistisch (wie vor 1918) oder republikanisch, links oder rechts, stets aber voll „sozialen Geistes" aufzutreten. Der Kleinbürger Wirth denkt nicht daran, aus seiner Partei auszutreten, er wird nicht einmal Sozialdemokrat — er öffnet einfach der Zentrumspartei ein Sicherheitsventil, nachdem alle diese „linken" wie rechten Zentrumsagenten fast kinderlei den Junkern und Industriellen die Zölle und Steuern bewilligt haben. Der Brief des Dr. Wirth aus dem Luxus-Kurort Marienbad ist ganz dazu angetan, letzten Endes den politischen Kredit der ganzen Partei zu retten: für die murrenden und rebellierenden christlichen Arbeiter wird eine „republikanische und soziale" Pufferzone geschaffen. Genau so wie im Herbst 1923 die — gleichfalls „linke, soziale und republikanische" — „Christlich-soziale Volksgemeinschaft" sich als Oppositionsgruppe im Zentrum auftat und so dem Abmarsch der christlichen Arbeiter ins Lager der Revolution einen Riegel vorzuschieben suchte — aber wie Anfang 1924 im gärenden Ruhrgebiet sogar der eine oder andere Pöter Reden hielt als wäre er ein Kommunist und sozialer Revolutionär; so ist auch der Schritt des Dr. Wirth zu bewerten. All dies geschieht zur „höheren Ehre und zu höherem Nutzen" der Zentrumspartei und des Goldenen Kapitals. Die Persönlichkeit des kleinbürgerlichen „Staatsmannes" a. D. Wirth ist gleichgültig, aber seine politische Rolle ist klar. Wie weit diese Rolle des Dr. Wirth dem Zentrum letzten Endes von Nutzen sein wird aber nicht, hängt in erster Linie von der kommunistischen Propaganda ab. Wir müssen den noch rückständigen christlichen Arbeitern die Augen öffnen, damit sie aus ihrem dumpfen Groll gegen die „christlichen" Zollwucherer und Reaktionäre die notwendigen Konsequenzen zu ziehen lernen.

Den sozialdemokratischen Arbeitern aber muß man sagen: obwohl selbst einem kleinbürgerlichen „Staatsmann" Dr. Wirth der Kurs der Zentrumspartei zu toll zu werden scheint, sind die Weis und Hilferding und Hörsing immer noch im „Reichsbanner" einträchtig vereint mit den Marx und Klöckner und Stegerwald.

Die Rebellion im Zentrumslager

Berlin, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) In einer stürmischen Delegiertenversammlung der Windhorst Berlin-Brandenburg erklärte die Mehrheit der Delegierten, die Politik des Zentrums nicht mehr mitmachen zu können und aus dem Zentrum austreten zu müssen. Zwei Vorstandsmitglieder des Gaues haben aus diesem Grunde ihre Aemter niedergelegt.

Ein Protest gegen J. R. Bechers Verhaftung

Wir erhalten diesen Aufruf:

„Johannes R. Becher wurde jüngst vom Oberreichsanwalt wegen Veröffentlichung eines Gedichtbuches verhaftet, der Rezitator Gärtner verfiel wegen des Vortrags radikaler Verse schwerer Gefängnisstrafe, eine Reihe von Büchern sind eben erst um der Gesinnung ihrer Verfasser willen beschlagnahmt worden. Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller sieht in diesen Ereignissen Vorzeichen einer neu heraufziehenden Aera, in der die deutsche Republik geistige Angriffe mit ungeistiger Härte niederschlägt. Ohne den Schutzverband Deutscher Schriftsteller im einzelnen sowohl auf den literarischen Wert wie auf die Tendenz der Schriften festlegen zu wollen, appelliert er an die maßgebenden Behörden, diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen:

„Er ruft die Oeffentlichkeit zur Wachsamkeit und zur Gegenwehr auf. Der Schutzverband stellt den betroffenen Autoren seinen Beistand zur Verfügung; er hat in einer Eingabe an Reichsjustizministerium und Oberreichsanwalt energischen Einspruch erhoben und um sofortige Einstellung der anhängigen Verfahren ersucht. Schutzverband Deutscher Schriftsteller."

Es genügt, in diesem, wie in anderen Fällen, natürlich nicht, nur zu protestieren. Die im „Schutzverband Deutscher Schriftsteller" organisierten geistigen Arbeiter müssen wissen, daß die „ungeistige Härte", nämlich das Zuchthaus, Generalrequisit jeder kapitalistischen Gesellschafts„ordnung" ist, mit dem im Interesse einer kleinen Minderheit die große Mehrheit der Schaffenden terrorisiert wird. Man darf darum die Reaktion in Deutschland nicht „geistig", sondern klassenmäßig sehen. Becher wurde verhaftet, weil er die Interessen der arbeitenden Klasse propagandistisch zum Ausdruck brachte. Er beging Hochverrat an dem Heiligsten, dem Profit, der auch das Schaffen der Schriftsteller als Ware, und noch dazu von geringem Wert, gelten läßt.

Es ließe sich einiger Nutzen ziehen für die Schriftsteller im allgemeinen aus dem Fall Becher. So lange sie nämlich im Interesse der kapitalistischen Ordnung schreiben, wird ihnen kein Haar gekrümmt, so lange sie sich als Diener, als Stützen dieser Ordnung fühlen, die sie vegetieren läßt, die große Masse der Schriftsteller in Not und Sorge. Beginnen sie aufzuwachen und ihre Lage propagandistisch im Einklang mit der: Klassenkampf der Arbeiter, also der ungeheuren Mehrheit des Volkes zu bringen, dann werden sie reif wie — Becher für den Staatsanwalt!

Kongreß der Sozialverräter

Marseille, 24. August. (Eigener Drahtbericht.)

Auf dem Kongreß der 2. Internationale kamen gleich zu Beginn die schärfsten Gegensätze in der Sicherheitsfrage zum Ausdruck. Der erste Redner Buxdun, ehemaliger Minister im Kabinett Macdonald, trat für das längst von der englischen Regierung beerdigte Genfer Protokoll ein und erklärte, **der Sicherheitspakt stelle eine militärische Gefahr dar, deren Spitze gegen Sowjetrußland gerichtet sei. Er drohe, Europa in zwei feindliche Lager zu teilen und bespreche die Erneuerung des Versailler Vertrags. Buxdun beantragte volle Handlungsfreiheit in der Garantiepolitik für alle Parteien.** Hilferding als zweiter Redner trat energisch für Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ein. Die geistige Abrüstung sei die wahre Abrüstung. Für die kontinentalen Sozialisten bedeutet der Sicherheitspakt **den deutsch-französischen Frieden.** (?) Der Sicherheitspakt **enthalte bei weitem nicht alle die Unzulänglichkeiten,** die die englischen Delegierten ihm zuschreiben. Besonders scharf polemisierte Blum-Frankreich gegen die englische Stellungnahme. Es dürfe nicht sein, **daß die englischen Sozialdemokraten gegen den Pakt, die deutschen und französischen für den Pakt stimmen würden.** Ob die englischen Sozialdemokraten die Verantwortung für das Scheitern der Paktverhandlungen übernehmen wollen? Man müsse eine überbrückbare Kompromißformel finden. **Die Beschlüsse der 2. Internationale seien ja keine Verpflichtungen,** sondern nur Richtlinien. Blum erklärte unter anderem, **Hilferding ist ein guter Deutscher und ich ein guter Franzose, und wir haben trotzdem dasselbe über den Sicherheitspakt gesagt.**

Am Sonntag abend trat unter Fritz Adlers Vorsitz die sogenannte Kommission für Ostfragen, d. h. antibolschewistische Kommission, zusammen, in der Otto Bauer und noch aggressiver der menschewistische Russe Dan erklärte, in Sowjet-Rußland bestehe die Autokratie, und diese bürge Kriegsgefahren in sich. Darum müsse die 2. Internationale die demokratische Entwicklung in Sowjetrußland aktiv betreiben.

*

Berlin, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Es ist bezeichnend, daß der „Vorwärts" bei der Berichterstattung über den Kongreß in Marseille die Rede des englischen Sozialdemokraten gegen den Sicherheitspakt mit ein paar Zeilen abtut und die Ausführungen über den militärischen Charakter des Sicherheitspaktes und seine Frontstellung zu Sowjetrußland ganz unterschlägt.

Die offenen Verräter wieder Parteimitglieder mit vollen Rechten!

Das Organ der Mandatssozialdemokraten, die „Telunion", meldet triumphierend:

„Der Reinfall der Radikalen. Dresden, 24. August. In Chemnitz hatte am Sonnabend unter Leitung des vom sozialdemokratischen Parteivorstand bestellten Vorsitzenden das Schiedsgericht getagt, das als Berufungsinstanz über den Ausschluß der fünf im Bezirke Chemnitz wohnhaften mehrheitssozialistischen Abgeordneten zu befinden hatte. Einstimmig erkannte das Schiedsgericht dahin, daß der Ausschluß widerrufen wird und die Abgeordneten Müller (Minister des Innern), Franz, Frau Wagner, Drescher und Köhler wieder in ihre vollen Rechte als Parteimitglieder eingesetzt werden. Ueber die im Bezirke Zwickau wohnhaften Mitglieder sollte das Schiedsgericht am Sonntag einen Spruch fällen. Die Verhandlung verlief jedoch ergebnislos, da die als Ankläger auftretenden Mitglieder der Linken nach Abgabe einer Erklärung die Sitzung verließen."

Charakteristisch ist dabei, daß dieser Spruch unter Zustimmung der Linken erfolgt ist. Der ganze Schmutz der linken Führer von der „Säuberung der Partei" ist erledigt.

Nun sollen die sozialdemokratischen Arbeiter sprechen!!

Millionengewinne der Dawesbahn

Keinen Pfennig Lohnerhöhung für die Arbeiter

Berlin, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) **Der neue Monatsausweis der Reichsbahn über Juni weist einen Ueberschuß von 71 Millionen Mark auf. Die Reichsbahn mit den üblichen Gründen, wie Reparationen, Rücklagen, Deckung etwaiger Fehlbeträge vor den Lohnforderungen ihrer ausgepowerten Arbeiter und ihren Beamten zu rechtfertigen sucht.**

*

Die Dawesreichseisenbahn hat also in einem einzigen Monat 71 Millionen Reichsmark Reingewinn erzielt. Im Monat Juli wird sich dieser Reingewinn noch erhöhen. In diesem Monat sind 433 000 Wagen mehr gestellt worden als im Vormonat. Und diese Monatsabschlüsse sind keine Ausnahme. In den ersten sechs Monaten nach der Gründung der Deutschen Reichsbahngesellschaft, vom 1. Oktober 1924 bis zum 31. März 1925, **erzielte sie bereits einen Betriebsüberschuß von 277 Millionen Mark.** Seit Beginn des neuen Etatsjahres aber ist der Ueberschuß der Betriebseinnahmen gegenüber den Betriebseinnahmen des vorhergehenden Etatsjahres noch weiter gestiegen, vermehrt. Er betrug im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres 217 Mill. Mark, wobei der Monat Mai mit 76 Millionen Mark Reingewinn an der Spitze steht. Wenn dieser Monatsüberschuß von 70 bis 75 Millionen Mark anhält, **so würde sich für das laufende Etatsjahr ein Ueberschuß von 900 Millionen Mark ergeben.**

Die Reichsbahngesellschaft behauptete bisher immer, sie könne für die Eisenbahner keine höheren Löhne zahlen [illegible] **die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen habe.** Dabei stellt zum Beispiel die „Frankfurter Zeitung" fest, daß die Reichsbahn die für das laufende Geschäftsjahr fälligen Reparationsverpflichtungen bis auf 60 Millionen Mark bereits bezahlt hat. Sie hat in dem Zeitraum, für den die 200 Millionen zu [illegible] sind, einen Reingewinn von 277 Millionen Mark im ersten Halbjahr und von rund 420 Millionen im zweiten Halbjahr, zusammen also 700 Millionen Mark. **Nach Abzug der Reparationszahlung bleiben ihr also 500 Millionen Mark Reingewinn.** Aber da erklärt die Reichsbahn-Verwaltung, sie könne die Lohnforderungen der Eisenbahner nicht erfüllen.

Wenn die Reichsbahn selbst die volle Reparationssumme von monatlich 50 Millionen abführen muß, verbleibt ihr immer noch ein monatlicher Ueberschuß von **mindestens 20 Millionen Mark, das sind jährlich 240 Millionen Mark.** Wenn die Erfüllung der Forderung der Eisenbahner wirklich 150 Millionen Mark Mehrkosten ausmachen würde, wie die Vertreter der Reichsbahn behaupteten, was wir noch sehr bezweifeln, **dürfte der Reichsbahn auch bei voller Erfüllung ihrer Verpflichtungen noch ein Profit von mindestens 100 Millionen Mark** im Jahr.

Für die Eisenbahnbeamten und Arbeiter hat die Dawesgesellschaft nichts übrig. Die Lohnverhandlungen führten zu jedes Ergebnis geblieben. Die Reichsbahn erklärt die von den Gewerkschaften geforderten 12 Prozent Lohnerhöhung für unerträgbar für den Betrieb.

Dabei steht fest, daß die Dawesbahn in Deutschland das gewinnbringendste Unternehmen in Deutschland ist. Sie könnte die bescheidenen Forderungen der Eisenbahner bewilligen. Es wird das auch tun müssen, wenn die Eisenbahner [illegible] durch Anwendung aller Mittel dazu zu zwingen. Aber wenn die Eisenbahner ihren Kampf mit dem der übrigen Arbeiter in Verbindung bringen und das Kampfbündnis mit der übrigen Arbeiterschaft herstellen, werden sie in ihrem Kampfe Sieger sein.

Neuer Vermittlungsversuch in der Textilindustrie

Berlin, 25. August. Die „Vossische Zeitung" meldet: Der Reichsarbeitsminister hat, um die drohende Stillegung der sächsisch-thüringischen Textilindustrie zu vermeiden, die [illegible] Parteien zu einer neuerlichen Verhandlung für heute, [illegible] nach Berlin geladen. Beide Parteien haben sich bereit [illegible] Vertreter zu entsenden.

Ein Seeleutestreik in England

„Workers Weekly" vom 21. August schreibt:

„Ueber 30 Schiffe liegen still in verschiedenen englischen Häfen. **Die kapitalistische Presse schweigt vollständig über den Streik,** weil sie den Seeleuten nicht sagen will, was in anderen Häfen vor sich geht. Schiffe liegen still infolge Streiks in London, Hull, Newcastle, Mersey. Der Streik geht gegen einen Lohnabbau von 1 Pfund (20 Goldmark) monatlich, den [illegible] der Sekretär Havelock Wilson annahm, **nicht aber die Arbeiter.**"

Der Generalstreik in der polnischen Metallindustrie

Warschau, 25. August. (Telunion.) Die Schlichtungsversuche im Metallarbeiterkonflikt sind als ergebnislos abgebrochen worden. Der Ausbruch des Generalstreiks wird nunmehr bereits am Mittwoch erwartet.

Generalstreik-Aufruf gegen den Marokkokrieg

Berlin, 24. August. Die Morgenblätter melden aus Paris: „Humanite" veröffentlicht eine Erklärung des Hauptausschusses der Kommunistischen Partei Frankreichs über den Marokkofeldzug, in dem es heißt: Es stehen jetzt ungefähr 200 000 Mann in Marokko. Täglich gehen lange Züge mit Waffen und Munition nach Marokko. Das Proletariat, die Bauern und alle diejenigen, die unter dem Krieg zu leiden haben, müssen sich die Parole zu eigen machen: Sofortiger Friede, sofortige Anerkennung der Unabhängigkeit des Rifs, Räumung Marokkos, sowie Verbrüderung mit dem Feind an der Front durch Vorbereitung eines 24stündigen Generalstreiks und durch Verhinderung der Waffen- und Munitionserzeugung und der Truppentransporte